

# Elf Punkte zur Schulentwicklung in Bremen

*Thesenpapier der GEW-Arbeitsgruppe „Schulentwicklung“  
zum Fachtag „Eine Schule für alle?“ am 5. Mai 2008*

## **Vorwort:**

In den letzten 15 Jahren hat es viele gute Vorschläge zur Weiterentwicklung des Bremer Schulsystems gegeben. Erinnerung sei hier nur an

- die Empfehlungen der Klafki-Kommission von 1993, die eine behutsame Weiterentwicklung des Bremer Stufenschulsystems vorsahen,
- die Empfehlungen des „Runden Tisches Bildung“ von 2002, der sich für ein längeres gemeinsames Lernen aussprach, sowie
- die Erklärung der Sek.I-Schulleiter, ebenfalls von 2002, die als Perspektive eine Integration der Sek. I bis zur 9. Klasse aufzeigte.

Alle diese Empfehlungen hatten keine Wirkung. Stattdessen hat die Große Koalition 2004 ein Schulgesetz verabschiedet, das die Aufteilung der SchülerInnen in Schularten von der sechsten in die vierte Klasse vorverlegte. Dieses Schulgesetz hat die Probleme der Bremer Schulen nicht behoben, sondern verschärft. Die frühe Aufteilung in Bildungsgänge nach der vierten Klasse erhöht die Selektivität des Schulsystems und begünstigt die weitere soziale Entmischung.

Das 11-Punkte-Papier der GEW greift die früheren Empfehlungen auf und entwickelt sie vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Schulgesetz von 2004 weiter.

## **1. Längeres gemeinsames Lernen**

Ziel der Schulentwicklung in den nächsten Jahren muss ein längeres gemeinsames Lernen sein. Es entspricht allen internationalen Erfahrungen und ist auch in Bremen die einzige vorwärtsweisende Perspektive. Dabei ist entscheidend, dass die frühe Aufteilung der Kinder in unterschiedliche Bildungsgänge nach der vierten Klasse aufgehoben wird. Das in einigen Bundesländern z.Zt. propagierte „Zwei-Säulen-Modell“ wird dieser Anforderung nicht gerecht. Es setzt die Aufteilung nach der vierten Klasse in Schulen mit unterschiedlicher Wertigkeit fort und leistet daher keinen Beitrag zur Aufhebung der sozialen Spaltung, die unserem gegenwärtigen Schulsystem innewohnt.

## **2. Die Grundschule stärken**

Die Grundschule ist zurzeit die einzige flächendeckende Gesamtschule in Deutschland. Sie arbeitet erfolgreich. Dies zeigen internationale Vergleichsuntersuchungen wie IGLU. Trotz großer sozialer Probleme liegen auch die Bremer Grundschulen in den gemessenen Ergebnissen über dem internationalen Durchschnitt – ganz im Gegensatz zu den Ergebnissen am Ende der Sek. I. Die Grundschule beweist, dass gemeinsames Lernen aller Kinder auch in Deutschland möglich ist. Die Grundschule könnte noch weit bessere Ergebnisse erzielen, wenn sie in ihrer Personalversorgung an den europäischen Standard angehoben würde. Der Schülerzahlrückgang um ca. 8% in den nächsten Jahren muss hierzu genutzt werden. Alle zurzeit in den Bremer Grundschulen vorhandenen Lehrerstellen müssen dort verbleiben.

## **3. Schrittweise Integration der Sekundarstufe I - ein mittlerer Schulabschluss für alle**

Die Situation in der Sekundarstufe I ist untragbar. Sie ist gekennzeichnet durch überfüllte Innenstadtgymnasien, Schulzentren in benachteiligten Stadtteilen, denen die GymnasialschülerInnen abhanden kommen, Gesamtschulen, denen personelle

Kapazitäten für eine erfolgreiche Integrationsarbeit fehlen, Sekundarschulen, die sich zunehmend zu „Restschulen“ entwickeln sowie eine wachsende Quote von SonderschülerInnen.

Ziel einer Weiterentwicklung der Sek. I muss ein mittlerer Schulabschluss für alle SchülerInnen sein. Eine schrittweise Integration der Sek. I, die neue Schulkämpfe so weit wie möglich vermeidet, setzt sich aus folgenden Elementen zusammen:

- Alle Schularten der Sekundarstufe I werden berechtigt, alle Abschlüsse zu vergeben.
- Zwischen den Grundschulen und den Schulen der Sekundarstufe I werden im Stadtteil feste Kooperationsbeziehungen etabliert. Bei der Aufnahme in die weiterführende Schule hat der Wohnort Priorität.
- Integration wird in allen Schularten personell gefördert. Dabei haben benachteiligte Stadtteile Vorrang.
- Schulentwicklung und Fortbildung für das Lehren in heterogenen Lerngruppen werden durch Zuweisung zusätzlicher Lehrerstunden gefördert.

#### **4. Kein Turbo-Bildungsgang in der Sekundarstufe I**

Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur im gymnasialen Bildungsgang von 13 auf 12 Jahre wirft eine Vielzahl von Problemen auf. Dabei ist insbesondere pädagogisch unvertretbar, dass die „Beschleunigung“ des Bildungsganges im 7. bis 9. Schuljahr erfolgen soll. Es beginnt bereits eine überregionale Diskussion über eine Revision dieser Orientierung. An dieser Diskussion sollte sich Bremen beteiligen. Eine mögliche und sinnvolle Alternative wäre die individuelle Schulzeitverkürzung am Ende der Sekundarstufe I und/oder in der Oberstufe, aufbauend auf einem allgemeinen mittleren Schulabschluss nach der 9. oder 10. Klasse.

#### **5. Förderung von Migrantenkindern**

Alle Versuche das Schulsystem weiter zu entwickeln werden wenig fruchten, wenn es nicht gelingt, ein umfassendes, durchgängiges System der Förderung von SchülerInnen mit Migrationshintergrund zu etablieren. Schon in wenigen Jahren wird der Anteil dieser SchülerInnen mehr als 50% der gesamten SchülerInnenschaft betragen. Die Förderung der Sprachkompetenz und interkulturelles Lernen müssen im Elementarbereich beginnen. In der Primarstufe ist die zweisprachige Alphabetisierung zu erproben. In der Sekundarstufe I muss die Sprachförderung für Migrantenkinder fortgesetzt werden. Die Möglichkeit zur Nutzung der Herkunftssprache als zweiter Fremdsprache muss ausgebaut werden.

#### **6. Integration der Sonderschule**

Die Sonderschule für Lernbehinderte ist im Primarbereich in den letzten 10 Jahren in die Grundschule integriert worden. Dieser Weg hat sich grundsätzlich als richtig erwiesen. Allerdings sind die dafür zur Verfügung gestellten Ressourcen zu dürftig. Sie müssen ausgeweitet werden, um wirksame Förderarbeit zu leisten. Eine Integration über die Primarstufe hinaus leidet zurzeit unter dem Konkurrenzdruck, unter den die Schulen der Sekundarstufe I gesetzt worden sind. Dieser führt sogar dazu, dass zunehmend SchülerInnen aus Sekundarschulen und Gesamtschulen in die Sonderschule „abgeschult“ werden. Eine „Schule für Alle“ muss sich diesem Problem stellen. Dabei dürfen künftige Integrationsschritte nicht auf Sekundar- und Gesamtschulen beschränkt bleiben. Ziel ist eine Schule, die *alle* SchülerInnen, einschließlich der SonderschülerInnen fördert. Jeder Standort der Sekundarstufe I ist gehalten, in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Förderzentrum bis zum Sommer 2009 ein Konzept zu entwickeln, wie Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf LSV (Lernen, Sprache, Verhalten) am Standort der Regelschule integrativ beschult

werden können. Dieses Konzept soll ab dem Schuljahr 2009/2010 verbindlich umgesetzt werden.

## **7. Das „Zwei-Säulen-Modell“ führt in die Irre**

Das Bremer Schulsystem ist von 1975 bis 1980 mit der Zielsetzung eines integrierten, in Stufen gegliederten Gesamtsystems von Grund auf umgebaut worden. Die Restaurationspolitik der Großen Koalition (die auf Druck der FDP schon unter der Ampelkoalition begonnen hatte) hat mit der Wiedereinrichtung einiger isolierter Gymnasien und der Abschaffung der Orientierungsstufe dieses System zwar stark beschädigt, aber in seiner Grundstruktur noch nicht zerstört. Heute stehen in Bremen acht isolierten Gymnasien 21 Schulzentren der Sek. I und 13 Gesamtschulen bzw. integrierte Stadtteilschulen gegenüber. Es besteht daher für die Befürworter eines längeren gemeinsamen Lernens kein Grund, vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren und ein Zwei-Säulen-Modell als „kleineres Übel“ anzusteuern. Vielmehr ist eine schrittweise Einführung eines längeren gemeinsamen Lernens möglich, wenn drei Bedingungen eingehalten werden:

- Keine neuen isolierten Gymnasien,
- keine „Zerlegung“ von Schulzentren in Gymnasien und Sekundarschulen bzw. Gesamtschulen,
- Zulassung und Förderung der Umwandlung von Schulzentren in Integrierte Stadtteilschulen.

## **8. Wahlfreiheit und Profilbildung in der Sekundarstufe II**

Die gymnasiale Sekundarstufe II ist in Bremen durch Profilbildung und überregionale Anwahl gekennzeichnet. Teilweise sind in den Sek.-II-Zentren Ansätze einer Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung realisiert, obwohl die Politik der letzten 15 Jahre durch die Wiedergründung isolierter Gymnasien die Separierung der beruflichen Bildung begünstigt hat. Fachoberschulen und berufliche Gymnasien bilden wichtige Bindeglieder. Eine weitere Zerlegung von Sek.-II-Zentren zu Gunsten gymnasialer Oberstufen von Gesamtschulen wäre eine „Insellösung“, die das Gesamtsystem nicht voran bringt. Vielmehr sollten die Schulzentren der Sekundarstufe II gerade in den benachteiligten Stadtteilen durch Kooperationsbeziehungen zu den Schulen der Sekundarstufe I gestärkt werden, ohne dabei das Prinzip der überregionalen Anwahl aufgrund der Profile und die Ansätze einer Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung aufzugeben.

## **9. Ganztagschulen müssen gut ausgestattet sein**

Obwohl die Zahl der SchülerInnen leicht angestiegen ist, hat die Große Koalition die Stellen des unterrichtenden Personals im Haushaltsplan seit 1995 von 5198 auf 4162 reduziert. Dieser extreme Personalabbau, der Bremen im Vergleich mit den anderen Stadtstaaten weit ins Hintertreffen gebracht hat, ist durch die Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Koalition gestoppt worden. Aufgrund der zurückgehenden SchülerInnenzahl entstehen in den nächsten vier Jahren kleine Spielräume für pädagogische Verbesserungen und eine humanere Gestaltung der Arbeitsbedingungen an den Schulen. Priorität müssen bei der Verwendung freiwerdender Ressourcen die Stärkung der Primarstufe und die Unterstützung einer integrativen Schulentwicklung in der Sekundarstufe I haben. Bei der Entwicklung von Ganztagschulen ist dagegen Realismus geboten. Ohne eine deutliche Erhöhung der Haushaltsmittel für sozialpädagogisches Personal bleiben die Ganztagschulen Stückwerk. Die notwendige personelle Kontinuität kann nur durch feste Stellen erreicht werden. Die Ganztagschule ist kein Experimentierfeld für die Entwicklung eines Billiglohnssektors.

## **10. Der gesamte Schulraum wird gebraucht**

Schulentwicklung braucht ausreichende räumliche Kapazitäten. Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch räumliche Enge in den Gymnasien mit hoher Anwahl und gleichzeitige Schließung von Standorten in den benachteiligten Stadtteilen. Schulen wurden geschlossen, verkauft und kurz danach als Privatschulen wieder eröffnet. Diese absurde Entwicklung muss beendet werden. In Zukunft gilt es, alle noch verbliebenen Schulstandorte zu erhalten, um die Raumsituation den gewachsenen Differenzierungsanforderungen anzupassen und die Option auf zukünftige Ganztagschulen offen zu halten. Freie Kapazitäten dürfen nicht verkauft, sondern sollten insbesondere zur Entwicklung einer schulnahen Stadtteil-Kultur genutzt werden.

## **11. Schulentwicklung erfordert eine Reform der LehrerInnenausbildung**

Mit der Umstellung des Lehramtsstudiums auf Bachelor- und Masterstudiengänge verband die Große Koalition eine Abkehr von der Stufenlehrausbildung in Bremen. Seither gibt es wieder eine (modifizierte) Ausbildung nach „klassischen“ Lehrämtern. Dies reproduziert die gescheiterte deutsche Schulstruktur und widerspricht grundsätzlich einer Entwicklung der Schulen zu längerem gemeinsamem Lernen. Soll die Perspektive einer „Schule für alle Kinder und Jugendlichen“ eine Chance haben, so ist die LehrerInnenausbildung im Sinne einer integrativen Pädagogik zu verändern. Die GEW fordert eine Ausbildung, die dem Lernen in heterogenen Gruppen gerecht wird und Chancengleichheit für die SchülerInnen befördert.